

Umgang der kommunalen Ebene mit dem 30-ha-Ziel der Bundesregierung zur Reduzierung des Flächenverbrauchs - Fallbeispiele aus der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis

Jakob Micke

Matrikel-Nr.: 2575062

Forschungskontext

Im Jahr 2002 wurde von der Bundesregierung eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung beschlossen, in der festgelegt wurde den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen von damals 130 ha pro Tag auf 30 ha pro Tag im Jahr 2020 zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen sind explizit die Länder und Kommunen gefordert, da diese für die Landes- und Bauleitplanung zuständig sind (Die Bundesregierung 2002).

Den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsfläche zu begrenzen bringt sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile mit sich. Die ökologischen Vorteile ergeben dadurch, dass auf Grund von weniger Flächenversiegelungen der Boden geschützt wird und somit seine Funktionen für den Naturhaushalt erhalten bleiben. Dies betrifft vor allem die Grundwasserneubildung, die klimatischen Ausgleichsfunktionen und die Abflussfunktion des Bodens. Die Lebensräume von Pflanzen und Tieren sind nicht nur direkt durch Versiegelung von Flächen, sondern auch durch die Zerschneidung der Landschaften betroffen und führen zu Artverlusten (Bundesamt für Naturschutz 2008). Ökonomisch gesehen ist es sinnvoll den Flächenverbrauch zu verringern, da die Neuausweisung von Flächen hohe Kosten für die Errichtung der technischen Infrastruktur, vor allem in ländlichen Räumen, mit sich bringt. Daher ist es sinnvoll bei der Ausweisung von Flächen den Innenbereich zu berücksichtigen, weil dadurch die bereits vorhandene städtische Infrastruktur genutzt werden kann und erhebliche Kosten eingespart würden. Außerdem gehen durch den Flächenverbrauch im Außenbereich zumeist hochwertige landwirtschaftliche Produktionsflächen verloren. (Op't Eynde, B. u T. Kötter 2009). Bei der Nutzung des Innenbereichs bieten sich vor allem Brachflächen, Leerstände und Baulücken an, welche verstärkt in Städten berücksichtigt werden, weil dort in Folge des Bevölkerungswachstums vermehrt

Wohnraumversorgungsprobleme vorliegen. (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2014). Gegen eine Reduzierung des Flächenverbrauches spricht die Finanzierung der Kommunen, welche sich durch die Ausweisung neuer Gebiete einen Zuzug von Bevölkerung und Wirtschaft erhoffen um so Mehreinnahmen durch Steuern zu generieren (Bundesamt für Naturschutz 2008). Das 30-ha-Ziel wirft die Frage auf, in wieweit es geschafft werden kann, den Flächenverbrauch zu reduzieren und trotzdem auf lokaler Ebene ökonomisches Wachstum zu erzielen.

Die verschiedenen politischen Maßstabsebenen haben unterschiedliche Kompetenzen in Planungsfragen, wobei die Aufgaben auf den hierarchisch niedrigeren Ebenen immer konkreter werden. Während der Bund nur weitläufige Leitlinien für die Raumplanung vorgibt ist der Einfluss auf der Landes- und Regionalebene schon deutlich stärker in Form von Landesentwicklungsplänen bzw. Regionalplänen, die einen groben Rahmen für Nutzung von Gebieten vorgeben. Auf die endgültige Gestaltung der einzelnen Flächen können nur die Kommunen mit Hilfe des Flächennutzungsplans und der jeweiligen Bebauungspläne Einfluss nehmen (Scholl, Elgandy u. Nollert, 2007). Beim 30-ha-Ziel werden dabei die Probleme der Zuständigkeiten offen gelegt. Das 30-ha-Ziel ist eine Vorgabe des Bundes im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, doch der Bund hat planungsrechtlich nicht die Kompetenz dieses auch umzusetzen. Dafür ist der Bund auf die Mitarbeit der einzelnen Kommunen angewiesen, deren Prioritäten nicht zwangsläufig bei der Reduzierung des Flächenverbrauches liegen müssen.

Zielstellung der Arbeit

Das Ziel der Arbeit ist es herauszufinden, in wie weit die Kommunen ihr Handeln an das 30-ha-Ziel anpassen und durch die Umsetzung des 30-ha-Ziels betroffen sind. Aus der übergeordneten Fragestellung ergeben sich weitere untergeordnete Fragestellungen:

- Welche Maßnahmen werden auf den jeweiligen Ebenen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme ergriffen?
- Von wem wird die Umsetzung der Flächenreduzierung initiiert?
- Welche Konsequenzen ergeben sich durch die Umsetzung des 30-ha-Ziels für den lokalen Wohnungsmarkt?

- Ist ein Zielkonflikt zwischen den auf Nachhaltigkeit ausgelegten ökologischen Zielen der Bundesregierung mit den in der Umsetzung des 30-ha-Ziels betroffenen Kommunen vorhanden?
- Sind Ober-, Mittel- und Unterzentren durch die Umsetzung des 30-ha-Ziels unterschiedlich stark betroffen bzw. eingeschränkt?
- Sind die Maßnahmen im Sinne des 30-ha-Ziels umzusetzen oder haben sie symbolischen Charakter?

Methodik

Zuerst sollen mit Hilfe einer Literatur- und Webrecherche Grundlagen zu den Themenbereichen 30-ha-Ziel, Wohnungsmarktentwicklungen, Raumplanung in Deutschland, aktueller und zukünftiger Flächenverbrauch, Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und Innenentwicklung erarbeitet werden. Im weiteren sollen qualitative Interviews mit Vertretern von Kommunen bzw. des Rhein-Sieg Kreises geführt werden, um zum einen die Maßnahmen im Sinne des 30-ha-Ziels und zum anderen die Auswirkungen des 30-ha-Ziels auf die Kommunen herauszufinden. Dabei bieten sich leitfadengestützte Experteninterviews an, da die Interviewten als Vertreter ihrer jeweiligen Behörde auftreten und deshalb über ein Spezialwissen verfügen. Der Leitfaden erfüllt eine Steuerungsfunktion um einerseits alle relevanten Themen strukturiert zu erörtern und andererseits eine Vergleichbarkeit der Daten zu ermöglichen (Misoch, 2014).

Mögliche Interviewpartner

- Vertreter der kommunalen Ebene: Oberzentrum Bonn, Mittelzentrum Siegburg, Grundzentrum Windeck
- Vertreter der regionalen Ebene: Rhein-Sieg-Kreises

Literatur

BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (2008): Stärkung des Instrumentariums zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Empfehlungen des Bundesamtes für Naturschutz. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (2014): Flächenverbrauch, Flächenpotentiale und Trends 2030. BBSR-Analysen Kompakt. Bonn

DIE BUNDESREGIERUNG (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung.

Abrufbar unter:

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2006-2007/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?__blob=publicationFile (letzter Abruf: 03.11.2015)

OP´T EYNDE, B. u T. KÖTTER (2009): Bedeutung von Raumplanung und Bodenordnung in Ballungsrandgebieten als Instrument zur Steuerung und Verringerung der Umwidmung von landwirtschaftlich genutzten Flächen. USL Forschungsbericht 161(Landwirtschaftliche Fakultät Bonn) Bonn.

Misoch, S. (2015): Qualitative Interviews.(De Gruyter Oldenbourg) Berlin.

SCHOLL, B., EGENDY, H. u. M. NOLLERT (2007): Raumplanung in Deutschland- Formeller Aufbau und zukünftige Aufgaben. Schriftenreihe des Instituts für Städtebau und Landesplanung an der TU Kalsruhe Band 35. (Universitätsverlag Karlsruhe) Karlsruhe.